vinetur

Tschechiens Finanzministerium lehnt Forderung der Brauer nach 12 Prozent Mehrwertsteuer auf Fassbier ab

Die Brauer sagen, eine Steuersenkung könnte Dorfkneipen entlasten, nachdem zwischen 2019 und 2023 15 Prozent der Lokale auf dem Land geschlossen haben

Donnerstag, 26. November 2026



Tschechiens Brauer drängen die Regierung, die Mehrwertsteuer auf Fassbier in Kneipen und Restaurants von 21 auf 12 Prozent zu senken. Dies könne den Rückgang der Dorfkneipen bremsen, argumentieren sie. Das Finanzministerium hält dagegen, Alkohol solle aus Gründen des Gesundheitsschutzes nicht steuerlich bevorzugt werden.

Der Streit kam in Stellungnahmen auf, die am 25. November veröffentlicht wurden. Der Tschechische Brauer- und Mälzerverband erklärte darin, Fassbier solle für den ermäßigten Mehrwertsteuersatz gelten, der auf Lebensmittel angewendet wird. Eine geringere Steuerlast würde das Gaststättengewerbe des Landes stützen, insbesondere in ländlichen Regionen, wo es in den vergangenen Jahren weiterhin Schließungen gegeben habe, so der Verband.

Einer von Plzeňský Prazdroj in Auftrag gegebenen und von CNN Prima NEWS zitierten Umfrage zufolge schlossen zwischen 2019 und 2023 15 Prozent der Kneipen auf dem Land in Tschechien. Dieser Trend sei nicht umgekehrt worden, erklärte der Brauerverband und stellte die Steuersenkung als eine Möglichkeit dar, den Druck auf Gastronomiebetriebe zu verringern.

Der derzeitige Mehrwertsteuersatz von 21 Prozent auf Fassbier wurde 2024 unter der Regierung von Ministerpräsident Petr Fiala eingeführt. Luboš Kastner, Leiter der Gastronomiesparte der Tschechischen Handelskammer, sagte, die Erhöhung habe der Kneipenkultur des Landes geschadet und Restaurants sowie Wirtshäuser zusätzlich belastet.

Ein halber Liter Fassbier kostet in Tschechien mittlerweile durchschnittlich 64 tschechische Kronen, heißt es in dem Bericht. Würde die Steuersenkung vollständig an die Kundschaft weitergegeben, könnte der Preis für eine solche Portion um etwa fünf Kronen sinken.

Die in dem Bericht zitierten Ökonomen sagten, die Auswirkungen auf die Staatsfinanzen wären erheblich. Štěpán Křeček erklärte, eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Fassbier auf 12 Prozent würde die Steuereinnahmen jährlich um rund 1 bis 1,5 Milliarden tschechische Kronen verringern. Zudem würden Restaurantbetreiber den niedrigeren Satz zum Teil anstreben, um ihre Gewinnspannen zu verbessern, argumentierte er.

Das Finanzministerium lehnte den Vorschlag der Brauer ab. In einer von CNN Prima NEWS zitierten Erklärung hieß es, alkoholische Getränke sollten wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit nicht steuerlich begünstigt werden. Alkohol sei kein Produkt, das besondere steuerliche Unterstützung erhalten solle.

Damit steht die Regierung in direktem Gegensatz zu den Brauern, die sagen, Bier solle nach tschechischem Recht als Lebensmittel behandelt werden. Der Branchenverband bezeichnete Bier als Lebensmittel und erklärte, diese Einstufung spreche für die Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 12 Prozent.

Der Ökonom Vít Hradil widersprach dieser Argumentation. Selbst wenn Bier als Lebensmittel betrachtet werde, sei es schwer als Grundnahrungsmittel einzustufen, das durch niedrigere Steuern erschwinglicher gemacht werden sollte, sagte er.

In einem anderen Bereich hat das Finanzministerium Unterstützung für das Gastgewerbe signalisiert. Der Mehrwertsteuersatz auf alkoholfreie Getränke werde den Angaben zufolge ab dem 1. Januar 2027 auf 12 Prozent gesenkt. Alkoholische Getränke sind von der Änderung ausgenommen. Damit hält die Regierung an ihrer Unterscheidung zwischen Produkten fest, die sie steuerpolitisch unterstützen will, und solchen, bei denen sie dies nicht tut.

Die Debatte reicht über Bier hinaus, denn sie verdeutlicht einen grundsätzlichen Zielkonflikt im Getränkegeschäft: Bars und Restaurants zu schützen, Staatseinnahmen zu sichern und zugleich gesundheitspolitische Ziele zu verfolgen. In einem Land, in dem Bier in der Gastronomie eine überragende Rolle spielt, könnte jede Änderung der Besteuerung von Fassbier Preise, Besucherzahlen und Gewinnspannen im Getränkeausschank beeinflussen. Die Ablehnung des Ministeriums könnte zudem erkennen lassen, wie es künftig mit Steuerfragen zu anderen alkoholischen Getränken umgehen wird.

Das Kernargument der Brauer und Kneipenbesitzer lautet, Fassbier sei eng mit dem Überleben kleiner Gastronomiebetriebe verbunden, vor allem außerhalb der großen Städte. Für die Regierung gehe es nicht nur um die Finanzen, sondern auch um Politik: Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Alkohol könnte Kritik von Gesundheitsschützern und von Gegnern ausgeweiteter Steuervergünstigungen hervorrufen.

Der Streit spiegelt auch ein größeres Problem wider, vor dem viele europäische Gastronomiebetriebe stehen: steigende Betriebskosten, ein verändertes Konsumverhalten und der Druck auf ländliche Lokale, die um Kundschaft ringen. In Tschechien ist die Debatte über die Biersteuer zu einem deutlichen Beispiel dafür geworden, wie Regierungen kulturelle Traditionen und wirtschaftliche Belange mit Gesundheits- und Haushaltszielen in Einklang bringen sollen.

Eine Änderung des Steuersatzes wurde nicht angekündigt. Die Äußerungen des Finanzministeriums deuten darauf hin, dass es bei alkoholischen Getränken nicht von seiner Position abrücken will. Vorerst argumentieren tschechische Brauer und Gastronomieverbände weiter, ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz auf Fassbier würde Kneipen entlasten. Die Regierung hält dagegen daran fest, dass Alkohol nicht in die Kategorie der steuerermäßigten Produkte fallen sollte.